

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei G. H. Ulrich & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in Leserbü bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Paube & Co., Haafenstein & Vogler, Rudolph Wasse. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidendank“.

Nr. 761.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 29. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Zeile ober oder unter dem Text, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 28. Oktober. Der König hat geruht: den Landgerichts-Präsidenten von Schumann in Stolp in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Danzig zu versetzen; sowie dem Notar Kersting in Glogow bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Justiz-Rath zu verleihen. Der Amtsgerichts-Rath Schäfer in Plothen ist vom 1. Januar k. ab zum Notar für den Amtsgerichtsbezirk Stromberg im Landgerichtsbezirk Koblenz mit Anweisung seines Wohnsitzes in Stromberg unter der Verpflichtung ernannt worden, in der Stellung als Notar den Amtscharakter als Justiz-Rath zu führen. Der Gerichts-Professor Zahn in Friedland ist unter Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Heidenburg zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Heidenburg ernannt worden.

Eröffnung des Landtags.

Berlin, 28. Oktober.

Die Thronrede, mit welcher der Landtag heute eröffnet wurde, lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Es. Majestät der Kaiser und König haben mich beauftragt, den Landtag der Monarchie in Allerhöchstem Namen zu eröffnen.

Zugleich haben Se. Majestät mir zu befehlen geruht, auch von dieser Stelle dem Allerhöchsten Dank für die mannigfachen Beweise treuer Anhänglichkeit, welche Allerhöchsthnen neuerdings wieder zu Theil geworden sind, Ausdruck zu geben, besonders für den herzlichen Empfang, welcher den Majestäten jüngst bei dem erhebenden Feste in Köln gewidmet worden ist. Es hat unsern Könige zu hoher Genugthuung gereicht, das Werk, welches einst Sein in Gott ruhender königlicher Bruder, nach längerem Stillstand, begeisterten Sinnes wieder aufgenommen hat, zur Vollendung und letzten Weihe zu führen.

Die Finanzlage des Staates zeigt eine erfreuliche Wendung zum Bessern. Die Einnahmen des letzten Rechnungsjahres sind zwar noch, wenn auch in geringem Maße, hinter den Ausgaben, welche zum Theil unerwartete waren, zurückgeblieben. Die im Steigen begriffenen Erträge aus den Reichsteuern und die sich günstiger gestaltenden Verhältnisse der Betriebsverwaltungen des Staates, insbesondere der Eisenbahnen, lassen jedoch die Hoffnung auf dauernde Wiederherstellung des völligen Gleichgewichts im Staatshaushalts-Stat als eine wohl begründete erkennen.

Der auf vorsichtige Annahmen gestützte Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben für das kommende Jahr gewährt das im Vergleich zu den Vorjahren erfreuliche Ergebnis, daß die ordentlichen Ausgaben in den Einnahmen nicht nur ihre Deckung finden, sondern daß noch ein Ueberschuß in Aussicht steht, vermöge dessen mit der Verminderung der direkten Steuern der Anfang gemacht werden kann. Es wird demgemäß in dem Entwurfe des Staatshaushalts-Stats Ihrer Zustimmung der Vorschlag unterbreitet werden, aus dem Kreuze zu ziehenden Antheil an den Reichsteuern die Summe von 14 Millionen Mark zu einem Steuererlaß zu verwenden.

Mit der Vorbereitung einer organischen Reform der direkten Staatssteuern ist die Staatsregierung beschäftigt. Schon jetzt wird Ihnen der Entwurf eines Gesetzes zugehen, nach welchem die aus dem Ertrage neuer oder erhöhter Reichsteuern an Preußen zu überweisenden Geldsummen ausschließlich und unverfälscht zur Erleichterung der direkten Besteuerung, insbesondere durch Ueberweisung der Hälfte des Ertrages der Grund- und Gebäudesteuer zur Erleichterung der Kommunallasten verwendet werden sollen.

Durch den stattgehabten Uebergang wichtiger Privat-Eisenbahn-Unternehmungen in den Besitz und die Verwaltung des Staates ist die Durchführung des Staats-Eisenbahnsystems, wie die einheitliche Regelung der Verwaltung und des Betriebes auf den vom Staate verwalteten Eisenbahnen erheblich gefördert worden. Obwohl erst kurze Zeit in Wirksamkeit und noch in der Entwicklung begriffen, verheißt die unternommene bedeutungsvolle Reform schon vermöge ihrer seithe-ri- gen Ergebnisse fruchtbringende Erfolge für die Interessen des Verkehrs und zugleich für die Staatsfinanzen. Eine Ihnen zugehende Denkschrift wird dieses näher darlegen.

Dank jener Reform ist auch die Bereitstellung derjenigen Geldmittel erleichtert, welche die Staatsregierung für die Herstellung neuer Eisenwege in verschiedenen Theilen des Landes in Anspruch nehmen wird, um für weite Kreise neue Quellen des Wohlstandes zu erschließen.

In Erfüllung der in der vorigen Session erteilten Zulage werden Ihnen Gesetzentwürfe zugehen, welche eine erhöhte Gewähr für eine auch dem wirtschaftlichen Interesse des Landes entsprechende Verkehrsleitung auf den für Rechnung des Staates verwalteten Eisenbahnen zu bieten und die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung zu regeln bestimmt sind.

Der Verbesserung der Wasserstraßen widmet die Staatsregierung unausgesetzt die angelegentlichste Fürsorge. Im Anschluß an die in der letzten Session vorgelegte Denkschrift über die Regulirung der fünf Hauptflüsse werden Ihnen in einer gleichen Denkschrift die Ziele dargelegt werden, welche die Regierung bei der Regulirung verschiedener kleinerer schiffbarer Flüsse verfolgt, und welche Mittel dafür erforderlich werden.

Die Verwaltungsreform ist durch die in der vorigen Session zu Stande gekommenen, inzwischen verkündeten Gesetze über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung und über die Verfassung und das Verfahren der Verwaltungsgerichte um einen bedeutenden Schritt gefördert worden. Um mit diesen die bisher ergangenen Reformgesetze in Uebereinstimmung zu bringen, werden Ihnen von Neuem die in der letzten Session unerledigt gebliebenen Vorlagen über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichte und über die Abänderung und Ergänzung der Kreisordnung, sowie eine Novelle zur Provinzialordnung zugehen.

Zur Ausdehnung der Verwaltungsreform auf ein weiteres Gebiet werden Ihnen Gesetzentwürfe vorgelegt werden, durch welche die neue Kreis- und Provinzialverfassung in den Provinzen Posen, Schleswig-Holstein und Hannover mit denjenigen Abänderungen eingeführt werden soll, welche durch die besonderen Verhältnisse dieser Provinzen und die für dieselben geltenden Gesetze bedingt sind.

Um die Lage der Wittwen und Waisen der Elementarlehrer zu verbessern, hofft die Regierung zu einer Erhöhung der Pension derselben unter Bürgschaft der Staatskasse Ihre Zustimmung zu erhalten.

Ueber den Betrieb des Pfandleihgewerbes, über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Einrichtung öffentlicher Schlachthäuser, sowie zur Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, werden Ihnen Vorlagen zugehen.

Meine Herren! Neben dem Ausbau der Verwaltungseinrichtungen werden Sie hiernach an Ihrem Theile mitzuwirken haben an der Durchführung der wirtschaftlichen Reform, welche für das ganze Reich in Angriff genommen ist. Es handelt sich dabei um die Wohlfahrt und das Gedeihen der Bevölkerung in allen Schichten; umso mehr glaubt die Regierung Sr. Majestät auf Ihr bereitwilliges Entgegenkommen rechnen zu dürfen.

Im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Hierauf brachte der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

Vom Landtage.

1. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 28. Oktober. 1 1/2 Uhr. Der Ministertisch ist nicht besetzt.

Präsident v. Köller: Meine Herren! Nach § 1 unserer Geschäftsordnung fällt mir die Aufgabe zu, bis zur vollbrachten Präsidentenwahl die Geschäfte dieses Hauses zu leiten. In Folge dessen eröffne ich hiermit die Sitzung und fordere das Haus auf, wie alljährlich beim Beginn einer neuen Session, so auch heute sein erstes Geschäft sein zu lassen, eine Kundgebung der Treue und Ergebenheit gegen unseren König. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch! — Das Haus stimmt mit Begeisterung dreimal in diesen Ruf ein.

Der Präsident ernannt provisorisch zu Schriftführern die Abgg. Delius, von Schmising-Kesslenbrock, Sachse und Quadt und theilt mit, daß 244 Mitglieder angemeldet seien. Das Haus ist mithin beschlußfähig.

Die Verloosung in die Abtheilungen findet, wie üblich, nach der heutigen Plenarsitzung statt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Wahl der Präsidenten und der Schriftführer.)

Von Vorlagen kommen heute noch zur Vertheilung 1) Gesetzentwurf betr. Abänderungen des Gesetzes über die Erweiterung der Staatseisenbahnen und die Beteiligung des Staates bei mehreren Privat-Eisenbahn-Unternehmungen; 2) Nachweisung über die Anzahl der für das Jahr vom 1. April 1880-81 zur Klassensteuer und klassifizierten Einkommensteuer veranlagten Personen und über den Betrag der für dasselbe Jahr veranlagten Steuer; 3)-8) Entwurf einer Kreisordnung für die Provinz Hannover, resp. Schleswig-Holstein und Posen nebst dem Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 in den genannten drei Provinzen; 9) Gesetz-Entwurf über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichte; 10) Gesetz-Entwurf betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 und die Ergänzung derselben; 11) Gesetz-Entwurf betr. die Abänderung von Bestimmungen der Provinzialordnung für die genannten Provinzen vom 29. Juni 1875 und die Ergänzung derselben. — Im Druck befindlich ist u. A. die Vorlage betr. den Bau der rechten Weichseluferbahn (der Staat hat die früher an den Bau derselben geknüpfte Bedingung, daß ihm der Grund und Boden unentgeltlich überlassen werden müsse, fallen gelassen und wird das für die Bahn erforderliche Terrain durch Ankauf erworben). Der Staatshaushalts-Stat wird wahrscheinlich in der Sitzung vom 30. d. M. vorgelegt werden.

In Betreff der Präsidentenwahl herrschte bis zum Schluß der heutigen Sitzung noch einige Unsicherheit und werden sich die Fraktionen heute Abend und morgen Vormittag darüber schlüssig machen. Auf den Wunsch des Abg. v. Schorlemer setzte der Präsident deshalb die nächste Sitzung um 1 Uhr statt um 12 Uhr an. Sollte ein Widerspruch gegen die Wiederwahl des alten Präsidiums durch Affkamation erfolgen, was möglicherweise aus den Reihen der Freiconservativen geschehen könnte, so wird der Wahlakt voraussichtlich dieselben Männer im Vorhinein besätigen, die ihn bisher führten, da Konservative und das Zentrum dazu über die genügende Majorität verfügen. Herr v. Heereman wird übrigens dem ersten Theil der Session wegen Krankheit fernbleiben.

1. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 28. Oktober. 1 Uhr. Am Ministertische: Graf Stolberg-Wernigerode und Dr. Friedberg.

Die Mitglieder des Herrenhauses fanden sich nach der Eröffnung im Weißen Saale nur langsam ein; zu bemerken sind: Graf Moltke, Fürst v. Hohenlohe, v. Philipsborn, v. Stosch, Camphausen, v. Dechend, Graf Brühl, Graf zur Lippe, Stephan u. A.

Präsident Herzog von Ratibor beruft zu provisorischen Schriftführern die Herren Theune, v. Schöning, v. d. Osten und Graf v. Königsmark-Blau und richtet an das Haus folgende Worte: „Nach einer verhältnißmäßig kurzen Frist sind wir wieder zur Theilnahme an den Arbeiten erufen. Bevor wir dieselben beginnen, eruche ich Sie, in treuer Anhänglichkeit und Ergebenheit an Seine Majestät unsern Allergnädigsten Herrn einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät, unser Allergnädigster Kaiser und König er lebe hoch!“ (Die Versammlung stimmt dreimal in den Ruf ein.)

Der Schriftführer Stadtrath Theune verliest darauf die Liste der Entschuldigten, unter denen sich 11 für die ganze Session entschuldigte Herren befinden.

Neuberufen in das Herrenhaus sind der Graf Botho zu Stolberg-Kobla, der Bürgermeister Bleck (Minden), Freiherr von Dürant-Baranowski, Oberbürgermeister Thomale (Elbing) und Oberforstmeister v. Alvensleben.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 58 Mitgliedern, dazu kommen noch 3 nach Vollzug des Aufrufes eingetretene Mitglieder, so daß die Beschlußfähigkeitsziffer (60 Mitglieder) eben überschritten ist.

Auf den Vorschlag des Grafen zur Lippe wird darauf das ganze Präsidium der früheren Session durch Affkamation wiedergewählt nämlich zum ersten Präsidenten Herzog von Ratibor; zum ersten Vizepräsidenten Grafen Arnim-Boitzenburg, zum zweiten Vizepräsidenten Oberbürgermeister Hasselbach.

Herzog von Ratibor nimmt die auf ihn gefallene Wahl für das ihm wiederum geschenkte Vertrauen dankend an; er verspricht, sich auf das Eifrigste zu bemühen, die Geschäfte des Hauses nach Kräften zu fördern.

Graf Arnim-Boitzenburg nimmt ebenfalls dankend die Wahl an.

Von Seiten des Oberbürgermeisters Hasselbach, bei dem telegraphisch angefragt worden ist, ob er, falls die Wahl auf ihn fallen würde, dieselbe annehme, liegt bereits eine acceptirende Depesche vor.

Auf den Antrag des Professors Dr. Bessler werden ferner ebenfalls durch Affkamation die Schriftführer der früheren Session: Dr. Dernburg, Diege, Graf Königsmark-Blau, von Neumann, von der Osten, von Schöning, Theune und Graf Zieten-Schwerin wiedergewählt.

Schluß der Sitzung 2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Geschäftliche Mittheilungen, Vereidigung eines neu eingetretenen Mitgliedes).

Die Abtheilungen werden am Freitag 11 Uhr sich konstituiren und die Fachkommissionen wählen.

Politische Uebersicht.

Posen, 29. Oktober.

Fortbildung der Verwaltungsreform und der wirtschaftlichen Systemänderung, diese beiden Punkte bilden den Kern der Thronrede; man wird, namentlich was den ersteren betrifft, auf den Inhalt der zu machenden Vorlagen warten müssen. Ein Kommunalsteuergesetz wird nicht erwähnt. Im Uebrigen entrollt die Thronrede ein recht liches Bild der Finanzlage, welches freilich durch die Betrachtung etwas getrübt werden dürfte, daß der günstigere Stand der Staatseinnahmen wesentlich auch durch die äußerste Anspannung der Leistungen in den direkten Steuern bei der letzten Veranlagung erzielt werden ist. Das Wort Steuererlaß hat sogar lauten Beifall hervorgeufen, kein Wunder, da man solange nur Steuererhöhungen zu empfinden gehabt. Im Uebrigen wurde die Thronrede mit tiefem Schweigen angehört. Erfreulich ist die Art und Weise, wie des kölner Dombaufestes gleich im Eingang der Rede mit so großem Nachdruck gedacht ist; die ultramontanen Agitatoren werden dies verstehen. Des Weiteren verheißt die Thronrede allerhand den Verkehr hebende Arbeiten. Von sozialpolitischen Vorlagen schweigt sie; dieselben sind — der Wirtschaftsrath mit eingeschlossen — dem Reichstage vorbehalten. Der Beziehungen zum Auslande wird garnicht gedacht. Allen nach steht eine arbeitsreiche Session in Aussicht. (Man vergleiche auch, insbesondere mit Rücksicht auf die Posen betreffenden Vorlagen, die berliner C.-Korrespondenz und das Privattelegramm der „Posener Ztg.“) Die offiziöse Kapitulation der Thronrede werden wir morgen mittheilen.

Offiziös wird geschrieben:

„In der Presse ist die Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus seit mehreren Tagen Gegenstand lebhafter Erörterung. Von freiconservativer wie von nationalliberaler Seite wird die Ansicht vertreten, daß das Zentrum mit der Haltung seiner Führer dem kölner Dombeste gegenüber den Anspruch auf eine Vertretung in dem genannten Präsidium verwirkt habe, was natürlich die „Germania“ und deren Freunde entschieden bestritten. Die Regierung ist diesen Auseinandersetzungen bisher fremd geblieben, wohl deshalb, weil die darin behandelte Frage lediglich ein Internum des Hauses betrifft. Es scheint nicht, als ob die Frage so einfach durch Affkamation erledigt werden wird, wie man vor Kurzem annahm, doch hofft man, daß sie spätestens am Freitag zu Ende geführt werden wird, so daß am Sonnabend, nach Konstituierung des Hauses, der Staatshaushalts-Stat vorgelegt werden kann.“

Die Regierung würde demnach eine kleine Lektion an die Zentrumsfraktion nicht grade ungern sehen, wenn sie eine solche auch nicht ausdrücklich gut heißt.

Offiziös wird ferner geschrieben:

„In Betreff des Volkswirtschaftsrathes hört man, daß eine Vorlage weder an den Landtag noch an den Reichstag zu erwarten ist. Wenn eine allerhöchste Verordnung in Bezug darauf erlassen werden soll, so ist dazu weber in Preußen noch im Reiche die parlamentarische Mitwirkung nothwendig. Uebrigens gilt es nicht für wahrscheinlich, daß der Volkswirtschaftsrath nur für Preußen in's Leben treten wird, da bei der Behandlung der Handelsangelegenheiten der Gesichtspunkt geltend war, daß es einen preußischen Handel nicht mehr gebe, sondern nur einen deutschen.“

Der „Reichsanzeiger“ enthält folgende Publikation betreffs Verhängung des kleinen Belagerungsstatus:

Staats-Ministerium.

Auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (Reichsgesetzblatt Seite 351) wird mit Genehmigung des Bundesraths für die Dauer eines Jahres angeordnet, was folgt:

§ 1. Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist, kann der Aufenthalt in dem den Stadtkreis Altona, die Kirchspielvogteibezirke Blankenese und Binneberg und die Städte Binneberg und Wedel des Kreises Binneberg, die Kirchspielvogteibezirke Reimbeck und Bargtebide, sowie

die von denselben eingeschlossenen Gutsbezirke und die Stadt Wandersbeck des Kreises Stormarn, die Landvogteibezirke Schwarzenbeck und Lauenburg, sowie die von denselben eingeschlossenen Gutsbezirke und die Stadt Lauenburg des Kreises Herzogthum Lauenburg, umfassenden Bezirke von der Landes-Polizeibehörde versagt werden.

Vorstehende Anordnung tritt mit dem 29. Oktober d. J. in Kraft.
Berlin, den 28. Oktober 1880.

Rönigliches Staats-Ministerium.

Otto Graf zu Stolberg. von Kamete.
Graf zu Eulenburg. Maybach. Bitter. v. Puttkamer.
Dr. Lucius. Dr. Friedberg. von Boetticher.

Die Ultramontanen tragen sich, wie die „Voss. Ztg.“ hört, mit allerhand Plänen für die bevorstehende Landtags-Session; vor Allem wollen sie ihren Antrag auf Revision der Maigesetze wiederholen und denselben damit motiviren, daß der Kultusminister v. Puttkamer und sein Kommissar, der jetzige Professor Dr. Hübler, bei Diskussion des kirchenpolitischen Gesetzes in der letzten Session wiederholt eine Menge von Bestimmungen der Maigesetze als unhaltbar und hart bezeichnet hätten. Damit verstände sich, wie das Zentrum debuziert, die Revision von selbst, denn es könnte die Staatsregierung Gesetze nicht fortbestehen lassen, die sie selbst für nachtheilig hielt. Die Ultramontanen, die schon in der Sommeression über ihre Fraktions-Berathungen die strengste Geheimhaltung beschlossen und durchgeführt hatten, dürften auch weiterhin in der gleichen Taktik verharren, so daß über ihr parlamentarischen Verhalten wenig oder nichts im Voraus bekannt werden wird.

Der Kultusminister hat den Ultramontanen eine kleine Genugthuung gewährt, indem er den bisherigen außerordentlichen Professor der Theologie Simar in Bonn zum ordentlichen, den Privatdozenten Kaulen zum außerordentlichen Professor ernannt. Bisher klagten die Ultramontanen bei jeder Staatsberathung, daß die katholische theologische Fakultät an der rheinischen Hochschule mit drei altkatholischen und einem römisch-katholischen Ordinarius besetzt war.

Die Generalversammlung des breslauer Landwirtschaftlichen Vereins hat sich, einem Berichte der „Voss. Ztg.“ zufolge, einstimmig gegen die Beschränkung der Wechselfähigkeit entschieden und folgende Resolution angenommen: „Das wirtschaftliche Bedürfnis erheischt es, den nicht zu den Kaufleuten gehörenden ländlichen Grundbesitzern die allgemeine Wechselfähigkeit zu erhalten. Zwischen gezogenen und eigenen Wechseln ist kein Unterschied zu machen.“ Im Verlauf der Sitzung machte Herr Dekonomie-rath Korn die Mittheilung, daß beim landwirtschaftlichen Zentralverein für Schlesien bis jetzt 20 Gutachten von Spezialvereinen der Provinz eingegangen sind, von denen 13 gegen jede Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit sich aussprechen, und 7 eine gewisse Beschränkung verlangen.

Wie die „N. A. Z.“ hört, haben die Ober-Präsidenten bereits die Berichte über das Ergebnis der diesjährigen Ernte erhalten. Es stehen noch aus die zum Monat November eingeforderten Berichte der landwirtschaftlichen Zentral- und Hauptvereine, welche gewissermaßen die Ergänzungen zu jenen Berichten, namentlich in statistischer Form, bilden. Auf Grund dieses Materials wird alsdann das Hauptresultat zusammengestellt, und kann man in der zweiten Hälfte des Monats November die Publikation dieser Arbeit erwarten.

Schon seit mehreren Monaten ist im berliner protestantischen Reformverein die Frage in ernster Erwägung gezogen worden, ob nicht in Anbetracht der gegenwärtigen kirchlichen Zustände die Bildung einer entschiedenen freisinnigen kirchlichen Reform-Partei in der evangelischen Landeskirche geboten sei. Wie die „Magd. Ztg.“ hört, sind in der Sitzung des genannten Vereins vom 25. d. M. die Verhandlungen hierüber so weit zum Abschluß gebracht worden, daß in kürzester Zeit die Parteibildung zugleich mit der Veröffentlichung eines kirchlichen Reform-Programms in Angriff genommen werden wird.

Aus Sachsen wird geschrieben: Es ist überaus lehrreich, die oft vollständig auseinander gehenden Urtheile über die Wirkungen der neuen Zollpolitik zu vergleichen, welche sich in den allmählich erscheinenden Geschäftsberichten industrieller Aktiengesellschaften derselben oder verwandter Branchen vorfinden. So scheint z. B. der Direktion der sächsischen Maschinenfabrik zu Chemnitz der segensreiche Einfluß des neuen Zolltarifs außer allem Zweifel zu stehen. Schon in ihrem vorjährigen Berichte hatte dieselbe bemerkt,

„daß mit Sicherung der neuen deutschen Zollverhältnisse das allgemeine Vertrauen und die Unternehmungslust entschieden genommen hätten; der Betrieb des Establishments dafür das untrügliche Zeugnis abgibt, da ein vollständiger Umschwung der allgemeinen Stimmung ihm wieder reichlichere Aufträge sichere, und auch die anderen Industrien neues Leben schöpfen würden, sobald sie in den Genuß der neuen Verhältnisse eintreten können und zu erwarten sei, daß die traurigen Wirkungen einer doktrinär-vollständigen Gesetzgebung sich allmählich ganz verwischen und einer neuen besseren Zeit Raum geben würden.“

Diese Bemerkung hält die Direktion auch jetzt voll und ganz aufrecht, ja sie behauptet sogar, daß die neue wirtschaftliche Reform den ersten und entscheidenden Anstoß zu einer Wendung zum Besseren gegeben habe. In vollem Gegensatz erklärt die Direktion der Sächsischen Gußstahlfabrik zu Döhlen in ihrem soeben ausgegebenen Geschäftsbericht rund heraus:

„Wie bereits im vorigen Berichte erwähnt, bereitet uns die aus Sonderinteressen heraufbeschworene Zollpolitik große Nachteile, denn dieselbe brachte uns Vertheuerung des Rohmaterials, den Arbeiter aber Vertheuerung der nöthigen Lebensbedürfnisse, und was zu erwarten stand, tritt demnächst in Kraft: die Erhöhung der Eingangszölle in Rußland. Auch uns trifft diese Repressivmaßregel und es ist nicht abzusehen, ob wir unter solchen Umständen die Geschäftsverbindung mit Rußland werden aufrecht erhalten können. Auf eine von Seiten der Eisenindustriellen an das Reichsfinanzamt gerichtete Petition, daß dasselbe seinen Einfluß geltend mache, damit die Zoll-

erhöhung auf Stahl- und Eisenwaren unterbleibe, ist, wie zu erwarten stand, ein abfälliger Bescheid erfolgt; denn man kann doch nicht Jemandem zumuthen, Etwas zu unterlassen, was man für sich selbst in Anspruch nimmt.“

Wie man sieht, stehen sich die beiden angeführten Urtheile diametral gegenüber. Prüft man nun aber beide in Betreff ihrer Begründung, so stellt sich heraus, daß die Anschauung der schutzzöllnerischen Chemnitzer Direktion sich wesentlich auf die irrige Annahme gründet, daß den Kohlen- und Eisenwerken ein nachhaltiger Aufschwung ihres Betriebes gesichert ist, der sie in die Lage versetzt, den Maschinenfabriken größere und lohnendere Aufträge zuzuwenden, und daß das nicht ungünstige Ergebnis des Geschäftsjahres 1879—80 vorzugsweise auf dem Umstande beruht, daß die Abschlässe der Fabrik auf Eisen und Kohlen für das abgelaufene Geschäftsjahr niedriger gewesen sind, als seit einer Reihe von Jahren, und daß trotz der Steigerung der Arbeitslöhne die Betriebskosten von 25,80 pCt. auf 19,84 pCt. des Umsatzes zurückgegangen sind, was mit der Zollreform in gar keinem ursächlichen Zusammenhange steht. Der Bericht giebt nicht an, wie viele von den abgelieferten Lokomotiven, Tendern, Dampfmaschinen, Turbinen, Werkzeugmaschinen und Spinn- und Webmaschinen im Werthe von 6,6 Mill. Mark in das Ausland gegangen sind. Bei dem Ansehen, das gerade die sächsische Maschinenfabrik in Chemnitz genießt, hätte die Direktion die doppelte Verpflichtung gehabt, die Beweise für ihre dem Schutz Zoll günstige Behauptung vorzubringen. Die Ausführungen der Direktion der Döhlener Gußstahlfabrik erfreuen sich dagegen des Vorzugs, klar und sachlich begründet zu sein. Sie bestätigen insbesondere betreffs der Vertheuerung des Rohmaterials und des Lebensunterhalts der Arbeiter die Befürchtungen, welche im vorigen Jahre oft genug, aber leider vergeblich in den Zolltarif-Debatten ausgesprochen worden sind.

Die bulgarische Nationalversammlung ist am Donnerstag durch den Ministerpräsidenten Zancoff eröffnet worden. In der Thronrede spricht der Fürst der Nation seinen Dank aus für die ihm dargebrachten Gesinnungen der Treue, aus denen er in einem so ersten Augenblicke erneuerte Kraft schöpfe. Bei seiner Anwesenheit in Petersburg anlässlich des Ablebens der Kaiserin von Rußland habe der Fürst neue Beweise des lebhaften Interesses des Kaisers Alexander für Bulgarien erhalten. Die Thronrede betont die Sympathie und das Wohlwollen der europäischen Mächte für Bulgarien, sowie die guten Beziehungen mit den Nachbarländern, erinnert an den sympathischen Empfang des Fürsten seitens der serbischen Fürstenfamilie und des serbischen Volkes, in welchem eine feste Garantie für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern desselben Stammes liege. Die gute Haltung der Truppen und der einberufenen Reservisten beweise, daß das Land auf sie rechnen könne. Sodann kündigt die Thronrede verschiedene Gesetzentwürfe an, und empfiehlt die Prüfung der wichtigen Eisenbahnfrage, welche mit den Lebensinteressen des Landes im engsten Zusammenhange stehe. Die Regierung werde die hierüber stattgehabten Verhandlungen, sowie die Bulgarien auferlegenden Verpflichtungen fortgesetzt bekanntgeben.

Der „Agence Havas“ wird aus Ragusa vom 27. d. gemeldet, der türkische Abgesandte, welcher eine Proklamation, in der zur Unterwerfung aufgefordert wurde, überbracht, sei in Dulcigno ermordet worden. Riza Pascha verhandele persönlich mit Montenegro. Die Ermordung des türkischen Abgesandten dürste die Pforte zu energischen Maßregeln veranlassen. Die Uebergabe Dulcigno's werde voraussichtlich am 1. November erfolgen. Die englische Mittelmeerflotte solle auf 18 Schiffe verstärkt werden.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 28. Oktbr. [Die Eröffnungsrede. Die Frage der Präsidentenwahl.] „Man merkt die Absicht“, und wenn man auch nicht verstimmt wurde, so lächelt man doch — so ziemlich ohne Unterschied der Parteilichkeit — ironisch über die offenbar geflissentlich optimistische Darstellung der Finanzlage in der Eröffnungsrede nach früheren, ebenso absichtlich pessimistischen Schilderungen: es kam eben darauf an, „Erfolge“ der neuen Wirtschafts- und Steuerpolitik anzuführen. Ist es nun auch jedenfalls erfreulicher, von einem Ueberschuß als von einem Defizit zu hören, so ist mit den, zu einem Steuer-Erlaß bestimmten 14 Mill. Mark doch in der That wenig Staat zu machen. Großentheils waren sie in Folge der vom Reichstage im laufenden Reichs-Stat vorgenommenen Aenderungen bereits Anfangs dieses Jahres vorhanden, so daß, wie man sich erinnern wird, einen Augenblick daran gedacht wurde, noch in der Nachsession des Landtags einen entsprechenden Steuer-Erlaß vorzuschlagen. Uebrigens ist es ein „Ueberschuß“ nur der „ordentlichen“ Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben, während zur Deckung der „außerordentlichen“ Ausgaben nach wie vor extraordinäre Mittel erforderlich sind; die Grenzlinie zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben ist aber eine so willkürliche, daß ein Ueberschuß im Ordinarium von 14 Mill. M. ebenso gut durch die Kalkulation, wie durch die Finanzlage herbeigeführt werden kann. Der dadurch ermöglichte Steuer-Erlaß würde auf die Nichterhebung von 2 bis 3 Monatsraten der Klassen- und der untersten Stufen der Einkommensteuer herauskommen — worin wohl nur wenige einen Trost über die neuen Verbrauchsabgaben erblicken werden. Vielsach überrascht hat die Bestätigung des Gerüchtes, daß als captatio benevolentiae für den Reichstag, um diesen zur Bewilligung neuer indirekter Steuern geneigt zu machen — oder zu nöthigen —, ein Gesetz über eventuelle Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen vorgelegt werden soll. Für diese Ueberweisung wären 33 Mill. M. erforderlich. Sonst fand man in der Eröffnungsrede nur, was man erwartet hatte. Erfreulich ist, daß für Posen, Hannover und Schleswig-Holstein nicht bloß, wie bisher, Kreis-, sondern auch Provinzial-Ordnungen angekündigt werden; durch den gleichzeitigen Erlaß der letzteren

wird die baldige Einführung der Verwaltungs-Gerichtsbarkeit in den betreffenden Provinzen ermöglicht. — Die Abgeordneten sind großentheils überrascht, die Frage der Präsidentenwahl, welche sich sonst im Laufe einer Legislaturperiode von selbst erledigt, durch die Erörterungen der Presse zu einer Art Haupt- und Staats-Aktion gemacht zu sehen; und bei der Schwierigkeit, unter den obwaltenden Parteiverhältnissen eine rationale Grundlage für eine neue Zusammensetzung des Präsidiums zu finden, ist der Wunsch überwiegend, mit guter Art über die Sache hinwegzukommen. Vielsach wird deshalb auch von liberaler Seite betont, daß, wenn ein persönlich so allgemein geachteter Mann, wie Herr v. Deere man erkläre, durch Unwohlsein dem Dombaustage ferngehalten worden zu sein, man keinen Grund habe, zu untersuchen, ob er daran theilgenommen hätte, falls er gesund gewesen wäre. Doch ist in diesen Augenblicke noch nicht zu übersehen, wie die Affäre sich entwickelt, da die Fraktionen erst des Abends zur Berathung zusammentreten. Dem Anschein nach ist die Eifer gegenüber dieser Frage in den parlamentarischen Kreisen erheblich geringer, als in der hiesigen Presse; es fragt sich nur, ob man sich nicht durch die Erörterungen der letzteren genöthigt glauben wird, der Wiederwahl durch Akklamation zu opponiren.

— Man schreibt der „N. A. Ztg.“: „Um den kölner Dom dem Kostenanschlag entsprechend in allen Theilen zu vollenden, bedarf es nunmehr noch der Fertigstellung der Restaurationsarbeiten im Bereiche der unteren Geschosse des im Mittelalter erbauten Theils des südlichen Thurmes und der Aufbringung eines neuen Plattenbelags im Innern, welches Arbeiten voraussichtlich bis zu Ende des Jahres 1881 zum Abschluß gelangen dürften. Eine längere Arbeitszeit ist für die Modellirung und den Guß der Bronzethüren des Westportals, wie für die Beschaffung der großen Glasgemälde der Fenster in der Thurmhalle in Aussicht zu nehmen. Der Gesamtaufwand an Baumaterialien für Erhaltung und Fortbau des kölner Doms beträgt ca. 20 Millionen Mark, von welcher Summe ca. 7 Millionen Mark aus der General-Staatskasse als Staatszuschuß gezahlt worden sind.“

r. Kreisynode Posen I.

(Schluß.)

Vom königl. Konsistorium war folgende Proposition gestellt worden: „Durch welche Mittel, außer der Predigt, sind die der Kirche entfremdeten Gemeindeglieder, besonders aus gebildeten Ständen wieder zu gewinnen?“ Provinzial-Schulrath Dr. Polte, welcher das Referat über diese Proposition übernommen, nachdem er sich mit dem Korreferenten, Pastor Jehn, über gemeinschaftliche Anträge verständigt hatte, ging davon aus, daß in dem Bereich der Kreisynode, soweit es wenigstens die Stadt Posen betrifft, über mangelnden Kirchenbesuch, auch aus den gebildeten Ständen, gerade nicht zu klagen sei, daß aber anderwärts, in anderen Provinzen, die Entfremdung von der Kirche, besonders aus gebildeten Ständen, unzweifelhaft sei. Redner erörterte nun die Ursachen der Entfremdung, wobei er zunächst das Familienleben in's Auge faßte, wies darauf hin, daß auch in manchen Simultanschulen weniger Erweckung zum kirchlichen Leben, als in den konfessionellen Schulen, gegeben werde, machte alsdann manche der modernen Anschauungen und Einrichtungen für die Entfremdung verantwortlich, wobei er auf die Einwirkung der Gescheidungen ohne Mitwirkung der Kirche hinwies, schloß ferner einen Theil der Schuld auf die unrichtige Literatur, und behandelte alsdann die Mittel, durch welche die Entfremdung entgegenzuwirken werden könne: die Wiederherstellung eines geordneten Familienlebens, eine angemessene Feier des Sonntages auch nach dem Gottesdienste u. dergleichen, daß er ein durchschlagendes Mittel zur Wiedergewinnung derjenigen Gebildeten, welche nur selten, an offiziellen Festtagen, die Kirche besuchen, nicht ferne; von der Anwendung der Kirchenzucht gegenüber denen, welche sich in demonstrativer Weise von der Kirche fern halten, könne jedenfalls nicht die Rede sein. — Die vom Referenten und Korreferenten gemeinsam gestellten Anträge lauteten folgendermaßen: Die hochwürdige Synode wolle beschließen:

1. Der Geistliche muß auch in seinem außeramtlichen Wandel der Gemeinde zum Vorbilde gereichen. — 2. Als Prediger hat er sich einer auf Vertiefung in das Wort Gottes gegründeten, den Glauben an den dreieinigen Gott treu und fest bekennenden und auch in ihrer Form sorgfältig ausgearbeiteten Verkündigung des Wortes Gottes zu befleißigen. — 3. Der religiösen Erziehung der Jugend, sowohl der Nichtkonfirmanden als der Konfirmanden ist eine besondere Pflege zu widmen. — 4. Eine taktvolle Verbindung mit dem Hause ist von den Geistlichen anzustreben. — 5. Gelegenheit zur Belehrung über religiöse Fragen (Volkshilfethesen, Vorträge, Vereinsleben) ist zu bieten. — 6. Für die Erhaltung, bezw. Wiederaufrichtung der kirchlichen Sitte und Ordnung ist Sorge zu tragen. — 7. Die Veranziehung lauer oder gar der Kirche offen entfremdeter Gemeindeglieder zur Arbeit im Reiche Gottes ist zu empfehlen. — 8. Die strenge Handhabung der Kirchenzucht kann nicht als ein Mittel zur Wiedergewinnung der der Kirche entfremdeten Gemeindeglieder angesehen werden.

Pastor Jehn erklärte, zu dem eingehenden Referate des Vorredners nur Weniges hinzufügen zu wollen. Gegenüber der Entfremdung und der Presse müsse der Geistliche Apologet sein; zu diesem Behufe dürfe er aber der allgemeinen Bildung und modernen Wissenschaft nicht fern stehen; besonders die exakten Resultate der Naturwissenschaft dürfe er nicht verkennen, und dadurch zeigen, daß sich Kenntniß der Naturwissenschaften ganz wohl mit dem Glauben an die Offenbarung der h. Schrift vereinigen lasse. Der Geistliche möge nicht zu viel Werth auf das objektive Bekenntniß legen, und stets bedenken, daß dasselbe nur insofern Werth hat, als es den subjektiven Glauben erzeugt; und man habe sich nur danach zu fragen, inwieweit Bekenntniß und Glauben sich decken. Vor allen Dingen aber müsse der Geistliche sich vor jeder Heuchelei hüten, vor jeder Nicht-Uebereinstimmung zwischen Glauben und Leben. Zu Antrag 3) bemerkte Korreferent, daß der Geistliche den fortgeschrittenen Konfirmanden gegenüber eine gewisse apologetische Haltung wahren müsse.

Konsistorialrath Reichardt wies darauf hin, es sei nicht zu verkennen, daß viele der Gebildeten, auch bei uns, sich vom Gottesdienste fern halten; es würden z. B. viele Gutsbesitzer nur selten in der Kirche gesehen; ganze Kategorien von Beamten gebe es, die nur zu Königs-Geurtstag in die Kirche gehen, und auch selbst manche Gemeindeglieder erscheinen nur selten in derselben. — Bürgermeister Verle erklärte: es sei wiederholt ausgesprochen worden, man sollte sich in den Synoden nicht mit sogenannten Doktorfragen, mit akademischen Fragen, beschäftigen; die vorliegende Frage falle aber in diese Kategorie. Alle Resolutionen der Synoden würden nicht helfen, den in der evangelischen Kirche vorhandenen Miß zu überkleistern. Gerade in unserer Provinz, wo die Evangelischen eingekleidet zwischen Katholischen, also fast überall in der Diaspora, leben, wäre es angezeigt, den Friedensruß erschallen zu lassen. Redner erklärte, Bitterkeit überkomme ihn, wenn er solche Fragen auf die Tagesordnung der Synoden zu einer Zeit gesetzt sehe, da man eine bestimmte Kategorie von evangelischen Christen, welche treu an der Kirche hängen, aus derselben herausdrängen wolle. Diese Bitterkeit hindere ihn augenblicklich, objektiv zu bleiben und Anträge im Sinne seiner Ansichten zu stellen; er halte sich demnach an die Thesen. Es berühre ihn schmerzlich, wenn er auf der Kanzel Polemik höre gegen eine Richtung, welcher er angehöre. Was solle man aber dann

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Oktober. Wind: West. Wetter: Nach Regen schön. Weizen per 1000 Kilo loco 183-235 M. nach Qualität gefordert, weiß. Poln. - M. ab Bahn bez. Gelber - M. ab Bahn bez., per Oktober 210 1/2 - 210 - 210 1/2 bez., per Oktober-November 209 1/2 bis 209 1/2 - 210 bez., per November-Dezember 209 1/2 - 209 - 210 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 212 1/2 - 212 - 212 1/2 bez. Gefündigt 14,000 Ztr. Regulierungspreis 209 1/2 M. - Roggen per 1000 Kilo loco 212 - 219 M. nach Qualität geford., russischer - ab Bahn bez., inländischer 212 - 216 M. ab Bahn bez., feiner - M. ab Bahn bez., defekt. m. stark. Ausm. - M. ab Bahn bez., per Oktober 214 - 211 1/2 - 213 bez., per Oktober-November 211 1/2 - 210 - 211 bez., per November-Dezember 209 1/2 - 208 1/2 - 209 bez., per Dezember-Januar - bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 197 - 198 1/2 - 199 bez. Gefündigt 30,000 Ztr. Regulierungspreis 212 1/2 M. bez. - Gerste per 1000 Kilo loco 145 - 200 nach Qualität gefordert. - Gafer per 1000 Kilo loco 145 - 168 nach Qualität gefordert, russischer 143 - 156 bez., ost- und westpreussischer 149 - 157 bez., pommerischer und medlenburgischer 156 - 160 bez., schlesischer 152 - 158 bez., böhmischer 152 - 158 bez., per Oktober 147 - 148 bez., per Oktober-November 146 1/2 M., per November-Dezember 145 1/2 bez., per April-Mai 150 bez. V. Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 147 1/2 bezahlt. - Erbsen per 1000 Kilo loco 200 - 215 M., Futtermittel 185 - 196 M. - Mais per 1000 Kilo loco 141 - 144 nach Qualität gef., Oktober 141 M., per November 141 M., per Dezember 142 M., per Januar 142 - 143 M., rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer - ab Bd.

bez. Gefündigt - Ztr. - M. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50 bis 30,00 M., 0: 30,00 - 29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. - Roggenmehl infk. Sack 0: 30,25 bis 28,75 M., 0/1: 28,75 bis 27,75 M., per Oktober 28,90 - 28,85 - 28,90 bez., per Oktober-November 28,90 - 28,85 - 28,90 bez., per November-Dezember 28,90 - 28,85 - 28,90 bez., per Dezember-Januar 29,00 bez., per Januar-Februar 29,00 bez., per April-Mai 28,50 - 35 - 45 bez. Gefündigt 1000 Ztr. Regulierungspreis 28,90 M. - Delfaat per 1000 Kilo Winterraps neuer - Markt, Winterrapsen neuer - M. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 53,3 M., süßig - M., mit Faß 53,6 M., per Oktober 53,6 bez., per Oktober-November 53,5 - 53,4 bez., per November-Dezember 53,5 - 53,4 bez., per Dezember-Januar 54,4 bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 57,0 bez., per Mai-Juni 57,3 M. Gefündigt 500 Ztr. Regulierungspreis 53,6 M. - Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 31,8 M., per Oktober 31,0 bez., per Oktober-November 30,7 bis 30,6 - 30,7 bez., per November-Dezember 30,7 - 30,6 - 30,7 bez., per Dezember-Januar 31,2 - 31,0 - 31,1 bez., per Januar-Februar - bez., April-Mai - bez. Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - M. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 58,8 - 58,6 bez., per Oktober 58,9 - 58,4 - 58,6 bez., per Oktober-November 58,0 - 57,6 - 57,8 bez., per November-Dezember 57,5 - 57,2 bis 57,3 bez., per Dezember-Januar - bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 58,8 - 58,4 - 58,6 bez., per Mai-Juni 59,0 - 58,6 - 58,8 bez. Gefündigt 20,000 Liter. Regulierungspreis 58,6 M. (Berl. Börz.-Ztg.)

Stettin, 28. Oktober. (An der Börse.) Wetter: Regen. Temperatur + 4 Grad R. Barometer 27,10. Wind: DSD. Weizen Anfangs fest, Schluß flau, per 1000 Kilo loco gelber 200 bis 207 Markt, geringer 175 - 192 M., weißer 203 - 210 M., per Oktober 211,5 - 210 M. bez., per Oktober-November - M. Br., per Frühjahr 212 - 209,5 M. bez. - Roggen Anfangs fest, Schluß flau, per 1000 Kilo loco inländischer 205 - 210 Markt bez., per Oktober 210 - 211 - 208 M. bez., per Oktober-November 208 M. bez., per Frühjahr 197 - 196 M. bez. - Gerste niedriger, per 1000 Kilo loco geringe 142 bis 150 M., Oberbruch 160 - 167 Markt, Märkte 165 - 169 Markt. - Gafer unverändert, per 1000 Kilo loco 136 bis 152 M. - Erbsen still, per 1000 Kilo loco Futter- 175 - 185 bis 187 bis 192 M. - Mais fest, per 1000 Kilo loco amerikanisch mized 137 - 138 M. bez. - Winterrapsen geschäftlos, per 1000 Kilo loco 225 - 240 M., per Oktober 240 M. nom., per Oktober-November 240 M. nom., bez., per April-Mai 254 M. Br. - Winterrapsen per 1000 Kilo loco 230 - 245 M., - Rübsöl stiller, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 55 M. Br., per Oktober 54 M. Br., per Oktober-November 54 M. Br., per April-Mai 56,5 M. Br., per September-Oktober - M. - Spiritus fester, per 10,000 Liter pEt. ohne Faß 58,3 - 58,4 M. bez., per Oktober 58,6 - 58,7 M. bez., per Oktober-November 57 M. Br. und Gd., per November - Dezember 57 M. Br. und Gd., per Frühjahr 57,5 M. bez. - Angemeldet: 400 Ztr. Roggen, 500 Ztr. Rübsöl, 30,000 Liter Spiritus, 800 Zentner Petroleum. - Regulierungspreise: Weizen 211 M., Roggen 209,5 M., Rübsen 240 M., Rübsöl 54 M., Spiritus 58,7 M. - Petroleum loco 11,35 bis 11,3 M. tr. bez., Regulierungspreis 11,3 Markt (Ostsee-Ztg.)

Berlin, 28. Oktober. Auf die gestern so matte Tendenz der Börse folgte heute ein allgemeiner Stimmungswechsel; auf allen Gebieten der geschäftlichen Thätigkeit hatte eine entschiedene feste Haltung Platz gegriffen und fand dieselbe auch in zahlreichen Kursrückstellungen ihren ziffermäßigen Ausdruck. Die Thronrede, mit welcher die gegenwärtige Session des Landtages eröffnet wurde und deren Inhalt kurz nach 12 Uhr bekannt wurde, hatte auf das Börsengeschäft keinen Einfluß; sie bestätigte ja eben nur Bekanntes und konnte der günstigen Meinung, die an der Börse über die Weiterentwicklung unserer politischen wie wirtschaftlichen Verhältnisse herrscht, dem zufolge keinen Abbruch thun. Da außerdem von den auswärtigen Plätzen steigende Kurse und feste Stimmung gemeldet wurden, so folgte die hiesige Börse willig ihren eigenen Impulsen, die sie bekanntlich in die Bahn der Hauffe treiben. Der geschäftlose Verkehr blieb indes in sehr engen

Schranken, was ja durchaus mit der Nähe des Ultimo erklärlich ist. Während der letzten Zeit hat sich das schwebende Engagement wesentlich verringert und man hat allen Grund zu der Annahme, daß bei der Liquidation unliebsame Zwischenfälle nicht eintreten werden. Wiederum fand eigentlich nur in den österreichischen Kreditaktien ein etwas umfangreicheres Geschäft statt. Diefelben erzielten auch heute eine nicht unbedeutende Kurssteigerung. Franzosen und Lombarden waren demgegenüber stark vernachlässigt. Auf dem Eisenbahn-Aktien-Markt zeigte sich gute Kaufkraft; doch machte sich in gleichem Maße ein Mangel an Abgebern fühlbar. Zu den beliebtesten Devisen zählen Oberschlesische, Galizier, Baiische Südwestbahn und Rechte-Dder-User-Bahn. Auch Banfaktien zeigten eine recht feste Physiognomie. Neben Diskontokommandit, deutsche Bank und Darmstädter Bank waren die Aktien der Meininger Bank, der Produkten- und Handelsbank, der Preussischen

Bodenkredit-Bank und der Dresdener Bank begehrt. Industriepapiere beteiligten sich wenig am Verkehr, waren aber verhältnismäßig sehr fest. Montanwerte konnten in den Notierungen ansiehen und waren die Aktien des West-Rheinischen Bergwerks-Vereins wiederum Gegenstand lebhafter Nachfrage. Ausländische Staatsanleihen gingen zu steigenden Notierungen hin, dagegen waren Preussische und Deutsche Staatspapiere fest aber still. - Die heute erfolgte Prämien-Erklärung ging vorüber, ohne nach irgend einer Richtung ihren Einfluß zu üben. - Per Ultimo Oktober notierten: Franzosen 475 - 5,50 - 3,59 - 4,50, Lombarden 142 - 40,50, Kreditaktien 483,50 - 3 - 485,50 - 3,50, Darmstädter Bank 149 - 9,60, Diskontokommandit-Antheile 174,60 - 175,25, Deutsche Bank 145,90 - 4,70, Dortmunder Union 81,60 - 83, Laurahütte 116,10 - 6,60 - 6,25. Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 28. Oktober 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe) and their corresponding prices in marks and cents.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Russia, and Italy, with their respective values.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks from institutions like Badische Bank, Berliner Handels-Ges., and others.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks from companies such as Aachen-Mastriacht, Altona-Kiel, and Berlin-Anhalt.

Münster-Hamm

Small table listing prices for Münster-Hamm railway stocks.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from various lines like Aach.-Mastriacht, Berlin-Anhalt, etc.

Oberschles. v. 1874

Table listing Oberschlesian railway stocks and bonds from 1874.

Deutsche Fonds.

Table listing German government bonds and other financial instruments.

*) Wechsel-Course.

Table showing exchange rates for various locations like Amsterdam, London, and Paris.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks from companies like Brauerei, Maschinenbau, and others.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Table listing railway stocks and priority bonds from various lines.

Staatbahn-Aktien.

Table listing state railway stocks from various regions.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority bonds from various countries.